

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abnahme in der Reichshalle und bei den Bezugsstellen 2 RM. im Monat, bei Zahllung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Steuern. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Kosten und Anzeigenpreise sind in jeder Zeit Verordnungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen behält sich Ansporn auf Befreiung der Zeitung über längere Zeit. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Bezugspreis: Die Spezialrate Nummer 20 RM., die 4 geteilte Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die Spezialrate Nummer 20 RM., die 4 geteilte Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die Spezialrate Nummer 20 RM., die 4 geteilte Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 284. — 86. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 7. Dezember 1927

Der Drehpunkt.

Die Polen können lachen. Der Konflikt zwischen ihnen und Litauen, der erst so gefährlich aussah, wird in einer Weise beigelegt, der einen glatten polnischen Sieg bedeutet. Sie haben ja immer nur gesagt, das Einzige, was sie von Litauen wollten, sei die Beseitigung des noch immer bestehenden sogenannten Kriegszustandes zwischen Warschau und Romno, aber hätten gar nichts dagegen, wenn Litauen den formellen Protest gegen die Erhebung Litwas und die Einverleibung des polnischen Gebiets aufrechterhalten wollte. Aus diesem Papier-Protest wird sich ja die Warschauer Regierung nicht viel machen; sie hat jetzt einen Sieg auf der ganzen Linie errungen, denn der Völkerbundrat hat sich dem polnischen Begehren reiflos angeschlossen. Was hinter den Kulissen vorgegangen ist, weiß man nicht; der Druck der von verschiedenen Seiten her auf die kleinen Staaten ausgeübt wurde, mag wohl sehr erheblich gewesen sein. Was das für die Diktaturherrschaft des jetzigen litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras bedeutet, der seine stärkste Stütze in dem nationalen Chauvinismus der Litauen gegen die Polen fand, jetzt aber hat nachgeben müssen, wird erst eine allerdings wohl nicht allzu ferne Zukunft lehren. Er selbst mag das Gefühl haben, daß er, der Besiegte von Genf, am Ende seiner Herrschaft steht. In Genf dümmert aber auch noch etwas anderes herauf. Gewiß ist die erste Zusammenkunft zwischen den Führern der russischen Delegation, Litwinow, und dem englischen Außenminister nach stundenlangem Verhandeln offiziell ergebnislos geblieben; aber die Tatsache selbst daß nach dem geradezu robusten Bruchzustand mit England führende Staatsmänner beider Reiche zum ersten Male wieder zusammenkamen, ist wichtig und bedeutsam genug. Die Spannung im Osten lockert sich, und wenn Litauen geglaubt hat, in Rußland einen zu allem entschlossenen mächtigen Freund zur Seite zu haben, so hat Woldemaras jetzt in Genf die große Enttäuschung erlebt. Rußlands Interessen gehen nach anderer Richtung, man ist mit Frankreich immer geworden hat deshalb leichten Herzens das kleine Litauen beiseite geschoben. Die Moskauer Regierung wird offenbar auch wieder den Frieden mit England und scheint bereit zu sein, hierfür auch die Ideen des Weltbolschewismus und die Versuche der kommunistischen Unterwanderung anderer Völker gleichfalls zu opfern; denn ohne eine solche Zulage nach dieser Richtung hin dürfte sich England auf nichts einlassen.

In dieser Entspannung Osteuropas taucht aber deutlicher und klarer das letzte Ziel der französischen Politik auf, das diese schon seit mehr als zwei Jahren ebenso hartnäckig wie geschickt verfolgt: der Plan des Ostlocarno. Im Osten Europas, dort wo der Versailles-Friede allerhand Staaten schuf, liegt der Drehpunkt der europäischen Konzentration. Ostlocarno — das heißt aber ein Verzicht auf die Ostgrenzen. Das heißt Anerkennung der Grenzen, die man in Versailles gezogen hat, das heißt Anerkennung des Korridors, des Raubdes des Memellandes, der Grenzhebung in Oberschlesien für alle Zeiten. In Locarno selbst hat Deutschland einen Schiedsvertrag mit Polen abgeschlossen, in dem sich Deutschland verpflichtet, bei Austragung von Streitigkeiten nicht mit Waffengewalt vorzugehen, sondern sich dem Spruch eines internationalen Schiedsgerichts zu unterwerfen. Mehr nicht. Aber schon wächst der Druck der neu in Genf erstandenen Tatsachen. Wie lange die Brücke hält, die Deutschland mit Rußland eingewirkt, das sieht diese Tatsache auch politisch aus, wieviel man jetzt kaum noch zu sagen. Man wird uns vielleicht loben wollen mit dem Angebot, über eine frühere Abklärung mit Frankreich in Verhandlungen einzutreten, aber, wir haben das Ausbleiben der Nachwirkungen des Ostlocarno doch noch nicht vergessen. Woher ist also in Genf nur das eine geschehen, sehen will, für die Träger dieser Absicht weit günstiger geworden ist als bisher. Aber rasch und schnell, fast blitzartig hat sich die allgemeine politische Lage geändert, aber wohl kaum zu unseren Gunsten.

Der Reichskanzler an Dr. Braun.

Abweisung der Beschwerde gegen Herrn von Keudell. Reichsinnenminister Dr. von Keudell hatte am 27. November ein Sympathietelegramm an die Studentenschaft im Berliner Zirkus Busch geschickt, die gegen die von dem preussischen Kultusminister Dr. Beder angeordnete Neuregelung des Studentenrechts protestierte. Der preussische Ministerpräsident Braun erhob wegen dieser Sympathieerklärung Herrn von Keudells im Namen des preussischen Kultusministeriums Beschwerde beim Reichskanzler und knüpfte bekanntlich daran die Ankündigung, falls keine Rückgängigmachung der Äußerung von Keudells erfolge, unter Umhändeln jeden Verkehr mit dem Reichsinnenminister abzubrechen. Reichskanzler Dr. Marx hat nunmehr mit dem Datum des 5. Dezember 1927 die Beschwerde Brauns wie folgt beantwortet: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 30. v. M. bezüglich

Die Arbeiten des Völkerbundesrates.

Ein- und Ausfuhrverbote.

In der zweiten öffentlichen Sitzung am Dienstag beschäftigte sich der Rat mit dem Bericht der internationalen Konferenz zur Beseitigung der Ein- und Ausfuhrverbote. Die Berichterstattung hatte Dr. Stresemann übernommen. Nach einigen Darlegungen des Vorsitzenden der Konferenz, Collijn, schlug

Reichsaussenminister Dr. Stresemann vor, daß der Rat das Wirtschaftskomitee mit dem Studium dieser Frage betraue. Schließlich wies er darauf hin, die Konferenz habe empfohlen, daß die am Handel mit Häuten und Knochen besonders interessierten Staaten sich vor der für die Einbringung neuer Vorbehalte festgesetzten Frist über die gleichzeitige Aufhebung der hierauf bezüglichen Verbote verständigen. Er beantragte, daß der Rat auch diese Frage an das Wirtschaftskomitee verweisen möge. Der Rat beschloß also. Es folgte der Bericht der Kommission zur Prüfung von Maßnahmen gegen internationale Währungsflüchtigkeit, den der Präsident dieser Kommission erstattete. Es ist ein Konventionentwurf ausgearbeitet worden, der eine internationale Zusammenarbeit sämtlicher Regierungen zur Bekämpfung der Währungsflüchtigkeiten vorsieht. Innerhalb eines Jahres soll eine internationale Konferenz einberufen werden, die sodann den Konventionentwurf annehmen soll. Man ging nunmehr zu einer geheimen Sitzung über. Die nächste öffentliche Sitzung findet Mittwoch statt.

Der deutsche Staatssekretär Dr. von Schubert ist in Genf eingetroffen.

Unterredung Stresemann-Jakoffi.

Die polnische Delegation veröffentlicht einen Bericht über die Unterredung zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Außenminister Jakoffi, in dem es heißt: Im Verlauf dieser längeren Unterredung hatten die beiden Außenminister Deutschlands und Polens Gelegenheit, über

die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die einen günstigen Verlauf nehmen, zu sprechen. Sie haben sich über alle politischen Fragen unterhalten, die auf der Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundesrates stehen. Hierbei wurde festgestellt, daß zwischen ihnen keinerlei prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bestehen und besonders nicht über die Notwendigkeit der Herbeiführung einer Einigung zwischen allen Beteiligten für die Aufrechterhaltung der normalen friedlichen Beziehungen im Osten Europas. Auch mit Herrn Woldemaras hatte Stresemann eine längere Unterredung.

Die Einigung über Litauen.

Die Mächte sollen sich einschließlich Polens auf eine Regelung des polnisch-litauischen Streitfalles geeinigt haben, wobei Polen bei Aufhebung des gegenwärtig noch bestehenden Kriegszustandes zwischen Polen und Litauen weitgehendes Entgegenkommen zeigt, auf die sofortige vollständige Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen verzichtet und sich mit besonderen polnisch-litauischen Verhandlungen zwecks endgültiger Regelung der polnisch-litauischen Beziehungen einverstanden erklärt. Man hofft, daß Litauen sich mit einer Rechtsübertragung in bezug auf das Wilna-Gebiet begnügt, obwohl Zusagen in dieser Hinsicht noch fehlen. Die vom Rat geplante Regelung, die übrigens auch die grundsätzliche Zustimmung Sowjetrußlands hat, dürfte dann gegen Ende der Monatsagung auch von Pilsudski angenommen werden, der in Genf erwartet wird. Das vom Rat geplante Verfahren sieht vor, daß nach der Annahme dieses Verfahrens zwischen Polen und Litauen direkte Verhandlungen aufgenommen werden und dem Rat bei seiner Tagung im März 1928 über die inzwischen erzielten Ergebnisse Bericht erstattet wird. Die Besprechungen über die Frage werden weitergeführt. Die Abreise Litwinows erfolgte mit dem Berliner Zuge.

es habe sich nicht um eine amtlich-ministerielle Äußerung, sondern um die berechtigte Meinungsäußerung des gleichzeitig ein Abgeordnetenmandat bekleidenden Herrn von Keudell gehandelt.

Ablehnung des Einheitsstaates.

Eine Entschließung des Bayerischen Landtages. In Nürnberg fand die 17. Landesversammlung des Bayerischen Landtages statt. Es hatten sich u. a. auch der bayerische Justizminister Dr. Gärtnert und der österreichische Bizekanzler Hartleb eingefunden. Die von etwa 3000 Landwirten aus ganz Bayern besuchte Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der gefordert wird: Ein größerer Schutz der bäuerlichen Arbeit, mehr Berücksichtigung der Landwirtschaft bei neuen Handelsverträgen, eine weitere Minderung der steuerlichen Lasten und weitestgehende steuerliche Stundung. Berlangt wird weiter eine Erparnis bringende Staatsvereinfachung. Scharfe Ablehnung findet der Gedanke des Einheitsstaates. In der Auffassung des föderativen Charakters der Reichsverfassung wird unentwegt festgehalten. Die Erhöhung der Beamtengehälter in der jetzigen Form hält die Landwirtschaft Bayerns für untragbar. Gefordert wird weiter eine gesunde Sozialpolitik, die von einer weiteren Belastung der Landwirtschaft absieht und die Landflucht unterbindet. Die Redner.

Zu der Aussprache schilderte Bizekanzler Hartleb Wien die Lage der österreichischen Landwirtschaft. Der egerländische Abgeordnete Rauer erklärte, daß die Verhältnisse in der Tschschostowatei sich für die Deutschböhmen auch durch die Vernunft deutscher Minister in das tschechische Kabinett nicht gebessert hätten. Justizminister Dr. Gärtnert und der deutsche Bizekanzler Dr. Hilpert lehnten den Gedanken des Einheitsstaates scharf ab. Reichstagsabgeordneter Dr. Oberlorenz-Riel bemerkte im Anschluß daran, daß nur eine Änderung der Weimarer Verfassung Abhilfe schaffen könne und daß die Machtposition des Reichspräsidenten gestärkt werden müsse.

Die Fremdbesetzung der Pfalz.

Vor und nach Locarno. Im Bayerischen Landtag teilte die Regierung in der Antwort auf eine Anfrage mit, daß im Gegenzug zur Garnisonstärke der Pfalz vor dem Kriege von 11000 Mann die französische Garnisonstärke in der Pfalz im Herbst 1925, vor Locarno, 14400 Mann, im Frühjahr 1926, nach Locarno, 17400 Mann betrug. Diese Kopfzahl sank dann allmählich bis Mitte dieses Jahres auf rund 15000 Mann. Von der planmäßigen Gesamtbefehungsminderung um 10000 Mann treffen auf die